

Antrag Nr. 28

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 180. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 14. November 2023

Banken müssen Kreditnehmer:innen bei Zahlungsschwierigkeiten unterstützen

Durch die rasch steigenden Zinsen in Kombination mit der allgemeinen Teuerung kommen immer mehr Kreditnehmer:innen unverschuldet in Zahlungsschwierigkeiten. Die Banken hingegen verzeichnen Rekordgewinne und haben in der Vergangenheit die Vergabe von variabel verzinsten Krediten forciert.

Das von Finanzminister Magnus Brunner gemeinsam mit dem Obmann der Sparte Banken und Versicherungen der WKÖ, Willibald Cernko, am 23. August präsentierte Maßnahmenpaket sieht zur Entlastung lediglich den Erlass von Verzugszinsen und Mahnspesen für ein Jahr vor. Kostenlosen Vertragsänderungen wie Laufzeitverlängerungen, Umstieg auf attraktiven Fixzins, Stundungen u.ä. wurde eine Absage erteilt. Versprochen wurden individuelle Lösungen ohne Rechtsanspruch. Auch der angekündigte Topf soll nicht bestehenden Kund:innen mit Zahlungsproblemen zur Verfügung stehen, sondern jungen Menschen, die sich eine Immobilie kaufen wollen. Dies allerdings unter der Bedingung, dass die Kreditvergabekriterien (KIM-Verordnung) gelockert werden. Insgesamt sind diese Maßnahmen als enttäuschend und unzureichend zu bewerten.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher den Finanzminister sowie den für Konsumentenschutz zuständigen Sozialminister auf, folgende Forderungen umzusetzen:

- Einen Gesetzesentwurf für einen Anspruch auf kostenlose Stundung vorzulegen.
- Banken sollen darin verpflichtet werden ihren Kund:innen kostenlose Ratenänderungen, Laufzeitverlängerungen oder Umstieg auf einen attraktiven Fixzins anbieten.
- Die Bankenbranche soll angehalten werden darüber hinaus, ausreichende Mittel zur Verfügung stellen, um Kreditnehmer:innen in Zahlungsnot zu unterstützen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich